

An
Kita Landesvertretung Hessen
Frau Michaela Seipp

at presse@kita-lev-hessen.de



RENÉ ROCK

Mitglied des Hessischen Landtages

Vorsitzender der Fraktion der
Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Wiesbaden, den 22. September 2023

Sehr geehrte Frau Seipp,

anbei die gewünschten Antworten zu den von Ihnen übersandten Wahlprüfsteinen.
Sollten Sie darüber hinaus noch Fragen haben, können Sie sich jederzeit gerne an mich wenden.

Mit freundlichen Grüßen

René Rock

Fraktion der
Freien Demokraten
im Hessischen Landtag

Schloßplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel. (0611) 3 50-73 5
r.rock@ltg.hessen.de
www.rene-rock.de

Wahlprüfsteine

KiTa-LEV Hessen

Landeselternvertretung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In Hessen fehlen derzeit ca. 37.000 Betreuungsplätze im frühkindlichen Bildungsbereich. Zusätzlich sind die individuellen Betreuungsbedürfnisse der Familien mit KiTa-Platz häufig nicht in ausreichendem Umfang erfüllt (z.B. Halbtagsplatz bei voller Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten, Anzahl der Schließtage über dem üblichen Urlaubsanspruch). Für viele Familien ist die bestehende Situation existenzbedrohend. Beispielsweise ist das Armutsrisiko von alleinerziehenden Familien besonders hoch. Ein gleicher und bedingungsloser Rechtsanspruch für alle Kinder bedeutet offensichtlich nicht Chancengerechtigkeit.

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Familien zu gewährleisten? Planen Sie besondere Maßnahmen, um armutsgefährdete Familien zu unterstützen?

Antwort: Frühkindliche Bildung sichert Chancengerechtigkeit. Kinder, die eine Krippe und einen Kindergarten besuchen, erwerben häufiger höher qualifizierende Abschlüsse und verbessern ihre Chancen auf ein abgesichertes Berufsleben. Frühkindliche Bildung ist damit das beste Mittel gegen Armut und für ein selbstbestimmtes Leben.

Darüber hinaus ist ein Betreuungsplatz aber auch konstitutiv für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies gilt insbesondere für Alleinerziehende, die sonst häufig keine Chance haben, sich und ihre Familie wirtschaftlich abzusichern. Dabei ist einerseits die weiterhin hohe Zahl fehlender Betreuungsplätze ein Problem. Andererseits führt der Personalmangel in den Kindertagesstätten immer wieder dazu, dass Öffnungszeiten eingeschränkt, Gruppen geschlossen oder an einzelnen Tagen lediglich eine Notbetreuung angeboten wird. Für viele Familien ist diese Situation existenzbedrohend.

Mit einem 100-Millionen-Euro-Sofortprogramm wollen wir Freie Demokraten kurzfristig 1.500 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher akquirieren und 20.000 Plätze schaffen.

Darüber hinaus wollen wir es den Kindertagesstätten ermöglichen, eine verlässliche Betreuungszeit einzuführen. Diese verlässliche Betreuungszeit garantiert eine Betreuung im Rahmen der Regelöffnungszeiten, indem zum Ausgleich personeller Engpässe der Einsatz von Vertretungskräften ermöglicht wird und hierfür

Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. So wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet.

Auch die Kindertagespflege wollen wir weiter stärken.

Es bestehen regional sehr unterschiedliche Kostenbeteiligungen der Familien bei der Inanspruchnahme eines KiTa-Platzes. Vielerorts in Hessen sehen sich die Eltern mit steigenden Betreuungskosten konfrontiert, die noch dazu mehrheitlich ohne vorherige Rücksprache mit den Eltern direkt durch die Kommunen angepasst werden. Als Grund wird häufig genannt, dass die Beiträge auch mit dem Zuschuss vom Land nicht kostendeckend sind und den Kommunen hierdurch Defizite entstehen.

Wie wollen Sie künftig sicherstellen, dass die Finanzkraft der Wohnortgemeinde nicht ausschlaggebend für die Teilhabe von Kindern an frühkindlichen Bildungsangeboten ist? Welche Partizipationsmöglichkeiten sollten Eltern in Bezug auf diese Thematik Ihrer Meinung nach haben und wie werden Sie diese realisieren?

Antwort: Der Staat hat hohe zusätzliche Steuereinnahmen durch die Kinderbetreuung, denn sie ermöglicht Mehrarbeit der Eltern. Diese Mehreinnahmen fließen jedoch größtenteils nicht an die Kommunen, obwohl diese die gesamten Aufgaben im Bereich der Frühkindlichen Bildung übernehmen. Die Unterstützung der hessischen Kommunen mit Landesmitteln ist unzureichend und im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich.

Um die zahlreichen notwendigen Verbesserungen im Bereich der Frühkindlichen Bildung strukturiert umsetzen zu können, werden wir daher einen Pakt mit den Kommunen schließen, der auch eine bessere Ausstattung der Kommunen mit mehr Landesmitteln vorsieht. Dabei wollen wir die Landesförderung in fünf Jahren um mindestens 500 Millionen Euro erhöhen.

Darüber hinaus fordern wir Freie Demokraten, dass Elternvertretungen auch auf kommunaler Ebene eingerichtet werden, damit Eltern an wichtigen Entscheidungen, die die frühkindliche Bildung betreffen, auf allen Ebenen teilhaben können. *Die aktuelle Betreuungslage wird derzeit nicht mittels einheitlicher Verfahren der Datenerhebung in allen Kreisen und Kommunen erfasst.*

Planen Sie diese Daten künftig zentral und einheitlich für das Land Hessen zu erheben?

Antwort: Wir Freie Demokraten unterstützen die Forderung, Daten zur aktuellen Betreuungslage landesweit zusammenzuführen und auszuwerten.

Diversität, Inklusion und Chancengerechtigkeit

Obwohl jedes Kind in Hessen einen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz hat, ist dies für viele Familien nicht gegeben. Kinder mit (drohender) Behinderung haben es besonders schwer, einen Platz zu

erhalten, der ihren Bedürfnissen gerecht wird. In vielen Fällen zieht sich der Prozess der Beantragung entsprechender Unterstützungsleistungen über mehrere Jahre hin. Eltern fühlen sich hier im Stich gelassen, u.a. bei der Antragsstellung zur Maßnahmenpauschale nach dem KiföG. Sie werden von der Kommune zum Kreis geschickt und umgekehrt. Selbst wenn die Maßnahmenpauschale genehmigt wird, findet sich oftmals keine (geeignete) Fachkraft oder aber die Pauschale reicht nicht aus. Sofern das Kind einen KiTa-Platz erhält, handelt es sich in der Regel auch bei höherem Bedarf nur um einen Halbtagsplatz.

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf den Weg bringen, um auch Kindern mit spezifischen Bedürfnissen einen Zugang zur frühkindlichen Bildung zu gewähren, der ihren und den Bedürfnissen der Familien tatsächlich entspricht?

Antwort: Für uns Freie Demokraten ist individuelle Förderung die Grundlage unserer Bildungspolitik. Dabei legen wir einen Schwerpunkt gerade auch auf besonders vulnerable Gruppen wie Kinder mit besonderen Bedarfen. Wir stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Dies gilt insbesondere in den Bildungseinrichtungen unseres Landes und damit auch in den Kindertagesstätten.

Mit Blick auf die Inklusion ist der allgemeine Platz- und Fachkräftemangel ein besonderes Problem. Die in den weiteren Fragen ausgeführten Forderungen gelten daher hier mit besonderem Nachdruck.

Darüber hinaus wollen wir die inklusive Bildung und Betreuung in den Kindertageseinrichtungen mit mehr Zeit für das einzelne Kind durch Freistellung und einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessern. Auch der Aufbau eines Instituts für die Frühkindliche Bildung und eine regelmäßige Fortschreibung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan hilft dabei, die inklusive Bildung in den Einrichtungen zu verbessern.

Genehmigungsprozesse sollten zudem deutlich beschleunigt und Verantwortlichkeiten klar benannt werden. Es kann nicht sein, dass gerade Familien, die besondere Unterstützung benötigen, sich im Bürokratiedschungel verlieren.

Auch Familien mit Migrationshintergrund, besonders Familien mit Fluchterfahrung, haben es u.a. aufgrund sprachlicher und kultureller Barrieren schwer, einen KiTa-Platz zu bekommen. Gleichzeitig fühlen sich viele Fachkräfte in ihrer pädagogischen Arbeit im Kontext migrationsbedingter Heterogenität überfordert – sowohl in der unmittelbaren Arbeit mit den Kindern als auch mit den Familien. Die Wissenschaft hat in den letzten Jahren (bzw. Jahrzehnten) vielversprechende Ansätze entwickelt und erprobt, die Wege aufzeigen, wie migrationsbedingte Heterogenität und Mehrsprachigkeit als Ressource für alle Kinder – unabhängig von

ihrer Herkunft – genutzt werden können. Dies spiegelt jedoch nicht den Alltag der Mehrzahl der KiTas wider.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den ressourcenorientierten Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität und Mehrsprachigkeit in der KiTa zu fördern?

Antwort: Uns Freien Demokraten ist ein positiver Umgang mit Heterogenität und Mehrsprachigkeit ein wichtiges Anliegen. Daher wollen wir zuvörderst die Sprachförderung verbessern, insbesondere durch den Ausbau der alltagsintegrierten Sprachförderung und des Programms "Sprach-Kitas". Mit uns soll es mindestens 250 zusätzliche Sprach-Kitas geben. Dafür haben wir in den letzten Haushaltsberatungen bereits einen Aufwuchs der Mittel gefordert.

Ein Schwerpunkt sollte zudem auch auf dem Umgang mit Mehrsprachigkeit liegen, denn für uns Freie Demokraten ist Mehrsprachigkeit eine Ressource, die es zu schützen und zu fördern gilt. Auch im Bereich Integration beziehungsweise Umgang mit Heterogenität und Mehrsprachigkeit ist die Fortschreibung des Bildungs- und Erziehungsplan grundlegend, um die Arbeit in den Einrichtungen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus sollten Fortbildungen ausgebaut werden, damit Fachkräfte mit Blick auf diesen Themenkomplex insgesamt noch besser geschult werden.

Partizipation und Kinderschutz

Wir verzeichnen eine steigende Anzahl an Trägermeldungen aufgrund diverser Vorfälle von seelischer, emotionaler und körperlicher Gewalt von Fachkräften gegenüber Kindern. Bislang werden solche Vorkommnisse nicht systematisch dokumentiert. Es wird jedoch von einer Dunkelziffer von beträchtlichem Ausmaß ausgegangen. Auch sexuelle Übergriffe in KiTas erhalten zunehmend mediale Präsenz. Aktuelle wissenschaftliche Studien (z.B. BiKA) weisen deutlich darauf hin, dass die Bedürfnisse der betreuten Kinder häufig nicht in angemessener Weise berücksichtigt werden und ihr Recht auf Beteiligung nicht in ausreichendem Maße sichergestellt ist. Die existierenden Strukturen zur Qualitätssicherung scheinen offensichtlich nicht auszureichen, um Kinderschutz und die Rechte unserer Kinder in der KiTas zu gewährleisten. Für Eltern ist diese Situation mehr als beunruhigend.

Welche zusätzlichen Maßnahmen werden Sie ergreifen, um pädagogisches Fehlverhalten in Kitas (1) überhaupt zu bemerken, (2) systematisch zu dokumentieren, (3) dieses zukünftig zu unterbinden bzw. Gewalt in KiTas präventiv entgegenzuwirken und (4) Transparenz für Eltern hinsichtlich der Qualität von KiTas herzustellen?

Sind neben den bestehenden punktuellen Qualitätskontrollen in unseren KiTas systematische und flächendeckende

Qualitätskontrollen geplant, um sicherzustellen, dass die Rechte unserer Kinder gewahrt werden?

Wenn ja, werden diese Ergebnisse den Eltern zugänglich gemacht und auf welchem Wege?

Es ist äußerst besorgniserregend, dass es in Kindertagesstätten zu Vorfällen von seelischer, emotionaler, körperlicher Gewalt und sexuellen Übergriffen gegenüber Kindern kommt. Um dieser Situation entschieden entgegenzuwirken und die Rechte der betreuten Kinder zu schützen, bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen, die sowohl präventiv als auch reaktiv angelegt sein müssen. Zunächst wollen wir eine sachdienliche Implementierung von klaren Meldeverfahren und anonymen Beschwerdemöglichkeiten für inkorrektes Verhalten für Mitarbeiter, Eltern und Kinder. Daneben stellt die Förderung einer offenen Kommunikationskultur, in der Bedenken und Beobachtungen ernst genommen und besprochen werden können, eine hilfreiche Maßnahme dar.

Die Einführung eines einheitlichen und detaillierten Dokumentationssystems für alle Vorfälle und Verdachtsmomente von Gewalt, Missbrauch oder Vernachlässigung sind dabei unerlässlich. Dazu gehören auch regelmäßige Schulungen des Personals über die korrekte Dokumentation von Vorfällen.

Präventive Maßnahmen sehen wir Freie Demokraten insbesondere in der umfassenden Schulung und Weiterbildung des KiTa-Personals zu Themen wie Kinderschutz, Konfliktlösung, Kommunikation und Gewaltprävention, sowie der Einführung von Supervision und Coaching, um pädagogisches Fehlverhalten zu erkennen und zu korrigieren. Darüber hinaus ist die Implementierung eines Verhaltenskodexes für das Personal, der klare Richtlinien und Konsequenzen bei Verstößen festlegt, sinnvoll. Wir wollen außerdem die Einrichtung einer unabhängigen Instanz zur Überprüfung der Qualität und Sicherheit in KiTas, die regelmäßige Qualitätskontrollen durchführt. Die Ergebnisse dieser Qualitätskontrollen sollten den Eltern in verständlicher Form zugänglich gemacht werden, beispielsweise durch Veröffentlichung auf einer Webseite oder durch Austeilen von Berichten.

Der allgemeine soziale Dienst spielt eine entscheidende Rolle bei der Erkennung von Kindeswohlgefährdung. Es ist wichtig, spezielle Teams zu bilden, die sich um verschiedene Arten von Vorfällen kümmern und das Personal im sozialen Dienst entsprechend auszubilden und weiterzubilden (Personalkapazitäten erhöhen). Des Weiteren ist es essenziell, dass nicht nur KiTas, sondern auch Schulen und Sportvereine in die Präventionsbemühungen einbezogen werden. Hierbei sollten entsprechende Schulungen und Fortbildungen für das Personal durchgeführt werden, um den sachgerechten Umgang mit Kindern sicherzustellen. Konkret befürworten wir einen effektiven Austausch und die

Zusammenarbeit an einem Runden Tisch zwischen den relevanten Akteuren, darunter Vertreter von KiTas, Schulen, sozialen Diensten, Gerichten und Eltern. Das ist entscheidend, um eine koordinierte Herangehensweise zu gewährleisten und Schattenaspekte einzudämmen.

Fachkräfte

Unsere Fachkräfte gehen an ihre Grenzen, personelle Unterbesetzung gehört mittlerweile zum Alltag vieler KiTas. Durch die Öffnung des Fachkräftekatalogs erhofft sich die Politik kurzfristig eine Entspannung der Personalsituation in den KiTas. Allgemein ist bekannt und auch von wissenschaftlicher Seite angemahnt, dass dieser Vorgang zu einer Dequalifizierung des Bereichs der frühkindlichen Bildung führt und es mindestens einer engen Prozessbegleitung durch qualifizierte Anbieter bedarf, um Risiken einzudämmen. Zudem besteht das Risiko, dass der Einarbeitungsaufwand des zusätzlichen Personals zu einer erhöhten Arbeitslast für bereits im Feld tätige Fachkräfte führt und das Einstellen nicht Qualifizierter lediglich als Faktor zur Senkung der Kosten genutzt wird, tatsächlich aber zu einer Mehrbelastung für das bestehende und qualifizierte Personal wird.

Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die Arbeitsbelastung unserer Fachkräfte durch die Öffnung des Katalogs sicherzustellen? Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren und die Arbeitszufriedenheit zu steigern?

Werden Sie sicherstellen, dass der Prozess bei der Entstehung sogenannter „multiprofessioneller Teams“ von Anfang an verpflichtend und durch professionelle Anbieter begleitet wird (z.B. durch verpflichtendes Leitungs- und Teamcoaching)? Wie stellen Sie sicher, dass hierfür ausreichend Kapazitäten und finanzielle Mittel für jede KiTa zur Verfügung stehen?

Wie wird sich die Evaluation der Auswirkungen der Öffnung des Fachkräftekatalogs gestalten? Planen Sie, zeitnah ein Qualifizierungssystem aufzubauen, in dem nicht einschlägig qualifizierte systematisch in Richtung der staatlich anerkannten Abschlüsse qualifiziert werden? Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um mittel- und langfristig qualifiziertes Personal zu gewinnen und bestehendes Personal zu halten?

Antwort: Wir Freie Demokraten haben den von den regierungstragenden Fraktionen eingeschlagenen Weg, mehr pädagogisch nicht qualifiziertes Personal einzusetzen und auf den Fachkraftschlüssel anzurechnen, von Anfang an kritisiert. Mit dem kürzlich verabschiedeten Gesetzentwurf zum Einsatz pädagogisch nicht qualifizierten Personals werden die Standards in der frühen Bildung abgesenkt und die Fachkraft-Kind-Relation weiter verschlechtert statt verbessert. Zukünftig wird ein Viertel des

eingesetzten Personals keine ausgebildeten Fachkräfte sein. Die frühe Bildung wird mit diesem Vorgehen insgesamt gefährdet.

Auch das Ziel einer kurzfristigen Schaffung von mehr Personal kann so voraussichtlich nicht erreicht werden kann. Aufgrund der Deprofessionalisierung des Berufsfelds und der steigenden Belastung durch die Einarbeitung und Begleitung fachfremder Kolleginnen und Kollegen ist zu befürchten, dass voll ausgebildete Fachkräfte das Arbeitsfeld verlassen. So wird sich der Fachkräftemangel weiter verschärfen.

Wir Freie Demokraten fordern daher, dass das pädagogisch nicht qualifizierten Personal bereits vor dem Einsatz in den Einrichtungen im Umfang von mindestens 300 Stunden weitergebildet wird. Darüber hinaus sollten diese Kräfte lediglich mit 50% ihrer Arbeitszeit auf den Fachkraftschlüssel angerechnet werden, solange sie nicht voll nachqualifiziert sind. Für eine vollständige Nachqualifizierung, die immer das Ziel sein muss, müssen gemeinsam mit den Fachschulen ausreichend Programme entwickelt werden.

Die in der Tagesstätte arbeitenden Fachkräfte müssen bei der Begleitung des pädagogisch nicht qualifizierten Personals unterstützt werden: Hierzu wollen wir unter anderem Ressourcen für die mittelbare pädagogische Arbeit vorsehen, die Kapazitäten in den Fachberatungen ausbauen sowie Mentoring- und Supervisionsprogramme aufbauen. Eine Abwanderung voll qualifizierter Kräfte muss unbedingt vermieden werden.

Mit einer flächendeckenden Ausbildungsvergütung, einem bedarfsgerechten Ausbau der Plätze an den Fachschulen und einer Stärkung der dualen Ausbildung wollen wir die Ausstattung der Einrichtungen mit voll ausgebildeten Fachkräften verbessern.

Darüber hinaus wollen wir mehr Aufstiegsmöglichkeiten in den Kindertagesstätten schaffen: Mit einer aus Landesmitteln finanzierten Pauschale sollen die Träger einen Anreiz erhalten, formal höher qualifizierte sowie weitergebildete Fachkräfte mit besonderen Tätigkeitsbereichen in den Kindertagesstätten einzusetzen und diese entsprechend zu vergüten.

Um diese wichtigen Fragen der frühkindlichen Bildung fortlaufend diskutieren zu können, wollen wir zudem den Runden Tisch Kinderbetreuung wieder einberufen.

Elternbeteiligung

Die KiTa-LEV wurde gegründet, um Kindern und ihren Eltern eine Lobby auf Landesebene zu geben. Eine Vernetzung unter den Eltern bzw. zwischen KiTa-LEV und den KiTa-Elternbeiräten ist aufgrund fehlender Unterstrukturen (Kreiselternvertretungen, Gemeindeelternvertretungen) noch nicht etabliert.

Wie werden Sie die KiTa-LEV konkret dabei unterstützen, diese fehlenden Strukturen zeitnah aufzubauen? Beantragen Sie derzeit die Gründung von Gemeinde- und Kreiselternvertretungen und wenn ja, in welchen Gemeinden und Kreisen? Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit der KiTa-LEV vor?

Antwort: Wie oben bereits ausgeführt, fordern wir Freie Demokraten die Einrichtung von Elternvertretungen ebenso auf Kreis- und Jugendamtsbezirksebene. Nur wenn Elternvertretungen auf allen Ebenen verankert sind, können die Eltern ihrer wichtigen Aufgabe umfassend gerecht werden. Wir werden uns daher für eine flächendeckende Verankerung und eine enge Vernetzung der unterschiedlichen Ebenen einsetzen.